

„Was anderes gewünscht“

Bürgerinitiative Alleestraße schreibt offenen Brief ans Rathaus

Halle (SKü). In einem offenen Brief zur Debatte um den geplanten Umbau der Alleestraße widerpricht die Bürgerinitiative in deutlichen Worten den bisherigen Darstellungen der Verwaltungsspitze. Wie berichtet, hat der Bau- und Verkehrsausschuss jüngst mit der Mehrheit von SPD, Grünen und UWG beschlossen, dass das Planungsbüro Kaulen nunmehr einen dritten Planungsentwurf erarbeiten soll, der insbesondere die durchgehende Anlage eines Fahrradstreifens im Straßenraum vorsehen soll. Die auch von Fachbeörden kritisierte zweite Kaulen-Planung, deren Hauptbestandteile zwei separierte Radwege und der Wegfall von mehr als der Hälfte der Straßenparkplätze vorsieht, war nach Darstellung von Abteilungsleiter Eckhard Hoffmann so- wie der Bürgermeisterin im Kern das Ergebnis eines voran gegange- nen Bürgerworkshops.

Genau zu diesem Argument kommt Widerspruch von Helmut Rose im Namen der Bürgerinitia- tive Alleestraße. „Die Mehrheit der Teilnehmer am Bürgerworkshop

wünschte sich etwas anderes“, schreibt Rose in dem offenen Brief und verweist als Beleg auf einzel- ne Zitate aus dem Abschlussbe- richt. Rose wirft der Verwaltungsspitze vor: „Die Bewertung und Gewichtung der dem Umbau gegenüber kritischen Stimmen und einzelner Vorschläge aus dem Bürgerworkshop haben Sie ohne Beteiligung der Bürgerinitiative

„Sie haben sich der kriti- schen Begleitung durch uns entzogen.“

Kritik der Bürgerinitiative an Verwaltung

geleistet. Wir hatten etwas ande- res erwartet. Sie haben sich der kritischen Begleitung durch uns entzogen. Unsere Anregungen, Zählungen der Verkehre und der Nutzer der Nebenanlagen durch- zuführen, ignorierten Sie. Denn danach werden auch die Neben- anlagen dimensioniert.“

Desweiteren werde das Ergeb- nis einer behördlichen Begehung,

dass die Alleestraße in ihrem jet- zigen Zustand Bestandsschutz ge- nieße und auch rechtssicher sei, vom Planer Kaulen angezweifelt, kritisiert die Bürgerinitiative. In der weiteren Kritik stellt Rose mit Verwunderung fest, dass die Ver- waltung auf Empfehlungen und Ergebnisse des Arbeitskreises der Mobilität zurückgreift, der nicht-öffentlich getagt hat. Und da auch die Protokolle des Arbeits- kreises der Öffentlichkeit nicht zugänglich seien, blieben die Hin- weise der Verwaltung in ihren Vorlagen nicht nachvollziehbar.

Rose abschließend: „Unsere An- regungen verstehen wir als konst- ruktive Beiträge, die Debatte vo- ranzubringen und zu bereichern. Frau Bürgermeisterin, eine Viel- zahl von Anregungen und Eingä- ben von Bürgern sind ein Zeichen einer aktiven, am politischen Pro- zess teilhabenden Bürgerschaft. Sehen Sie das bitte positiv! Der Beschluss, die Alleestraße mit in unseren Augen unsicheren Schutzstreifen umbauen zu wol- len, ist kein notwendiger, sondern ein politisch gewollter Beschluss.“